

Zeitschrift: Geomatik Schweiz : Geoinformation und Landmanagement =
Géomatique Suisse : géoinformation et gestion du territoire =
Geomatica Svizzera : geoinformazione e gestione del territorio

Herausgeber: geosuisse : Schweizerischer Verband für Geomatik und
Landmanagement

Band: 108 (2010)

Heft: 2

Rubrik: Forum = Tribune

Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Klimakonferenz der Uno in Kopenhagen: kleiner Schritt auf einem langen Weg

An der UNO-Weltklimakonferenz in Kopenhagen nahm am 19. Dezember 2009 die Vertragsparteienkonferenz ein politisches Übereinkommen zur Kenntnis, das am Vorabend von einer Gruppe von Staats- und Regierungschefs erarbeitet worden war. Darin anerkennen die Vertragsparteien den Klimawandel als eine der grössten Herausforderungen der Menschheit. Sie wollen die Klimaerwärmung auf zwei Grad beschränken. Dafür sei eine massive Verminderung der Treibhausgase notwendig. Für die Schweiz geht das Papier in die richtige Richtung, bleibt aber hinter den gesteckten Zielen zurück.



Im rechtlich nicht verbindlichen «Copenhagen Accord» anerkennen die Staaten den Klimawandel als grösste Herausforderung der Menschheit und verlangen Massnahmen von den Industrie- sowie von den Schwellenländern. Das Resultat von Kopenhagen ist eine einseitige Verpflichtung und rechtlich nicht bindend. Ein rechtlich verbindliches Abkommen kann nun frühestens an der 16. UNO-Weltklimakonferenz Ende 2010 in Mexiko verabschiedet werden.

Die Schweiz kann den «Copenhagen Accord» akzeptieren. Er drückt einen grossen politischen Willen der grossen Wirtschaftsnationen aus, den Klimawandel zu bekämpfen. Die Schweiz vermisst jedoch Aussagen zum Zeit-

punkt, wann die Konzentration an Treibhausgasen in der Atmosphäre ihr Maximum erreicht haben darf. Sie hätte zudem bevorzugt, wenn neben des Zwei-Grad-Ziels auch die globalen Reduktionsziele für 2020 und 2050 erwähnt worden wären.

Stellungnahme von Bunderat Leuenberger am 19. Dezember 2009

Hopenhagen oder Flophenagen? Beides trifft zu. Klimapolitisch wurde ein grosser Schritt gegenüber Bali getan. Es haben sich jene Länder, die über 90 Prozent der CO₂-Emissionen verursachen, verpflichtet, deutlich weniger Treibhausgase auszustossen. Das wäre noch vor zwei Jahren undenkbar gewesen. Dass sich jetzt neben der EU auch Länder wie Japan, Brasilien und, wenn auch noch unbefriedigend, auch die USA verpflichteten, ist eine Hoffnung. Aber es ist nicht gelungen, alle diese einzelnen Vorhaben zu bündeln und in einer weltweit verbindlichen Formel festzulegen. «To bind or not to bind», das war hier die Frage. Die Antwort fiel in Dänemark leider negativ aus. Das ist der Flop.

Ob die UNO versagt hat? Jedenfalls hat sie sich etwas übernommen. Die Klimafrage ist an und für sich schon komplex genug. Nun wurde sie in letzter Zeit zur weltexistenziellen Schicksalsfrage aufgeblasen: Armut, Ungleichheit, Migration, Wassermangel, Krieg und Frieden, alle Ungerechtigkeiten dieser Erde wurden damit verbunden. Und all dies sollte dann noch in einem weltweiten Konsens geregelt werden? Das ist definitiv zu viel und rief denn auch Populisten wie Chavez auf den Plan, denen es gar nicht um den Klimawandel, sondern um den Kampf gegen «den Imperialismus» und die USA ging. Dennoch, den Klimawandel global zu lösen, bleibt ein kategorischer Imperativ. Das kann nur unter dem Dach der UNO geschehen. Kopenhagen war nur eine Zwischenstation, aber längst nicht der Endbahnhof.

Unsere nationale Klimapolitik in der Schweiz müssen wir aufgrund des Resultats von Kopenhagen fortsetzen. So wie sich die EU zu ihrer Reduktion um mindestens 20 Prozent verpflichtete, tun wir das auch. Das CO₂-Gesetz, wie es der Bundesrat dem Parlament vorlegt, muss nun rasch und ohne Abstriche behandelt werden.

Weitergehende Informationen:

BAFU: Die Anliegen von Kopenhagen 2009: www.bafu.admin.ch/dokumentation/fokus
www.uvek.admin.ch/themen/umwelt

United Nations Framework Convention on Climate Change:

<http://unfccc.int>
www.youtube.com/climateconference

Jahr der Biodiversität

Bundesrat Moritz Leuenberger und Ständratspräsidentin Erika Forster sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Verbänden und Organisationen haben am 12. Januar 2010 das Internationale Jahr der Biodiversität in der Schweiz lanciert. Die Biodiversität ist für das Leben und die Entwicklung der Menschheit von grundlegender Bedeutung. Da sie jedoch überall im Rückgang begriffen ist, sind Massnahmen zu ihrem Schutz dringend notwendig. Darauf weisen zahlreiche Aktivitäten hin, die übers ganze Jahr verteilt in unserem Land stattfinden werden.

«Biodiversität ist Leben» lautet die Devise des Internationalen Jahres der Biodiversität. Die Biodiversität umfasst alle Arten, ihre genetische Vielfalt und die Ökosysteme auf unserem

Planeten. Sie ist für das Überleben und die Entwicklung der Menschheit von existenzieller Bedeutung. So stammt beispielsweise ein Drittel aller Nahrungsmittel von Pflanzen, die durch wild lebende Tiere bestäubt werden. Die Ökosysteme tragen zur guten Qualität des Trinkwassers bei und spielen eine wichtige Rolle als Schutzzonen bei Überschwemmungen und anderen Naturereignissen. Die Erhaltung der Biodiversität ist von zentraler Bedeutung für die nachhaltige Entwicklung der Schweiz, weil sie das ökologische Gleichgewicht, aber auch wirtschaftliche und gesellschaftliche Prosperität garantiert.

Moritz Leuenberger wies darauf hin, dass die Erhaltung der Biodiversität nicht nur eine ethische Verantwortung ist, sondern sich auch wirtschaftlich lohnt. Biodiversität schafft vor allem durch die land- und forstwirtschaftliche

Nutzung sowie den Tourismus jedes Jahr Werte in der Höhe von Milliarden von Franken. Sie ist jedoch wegen des Rückganges und der Zerschneidung der Lebensräume sowie der immer noch ungenügenden Qualität der Ökosysteme in der Schweiz wie auch weltweit rückläufig. Um die Biodiversität als wichtige natürliche Ressource zu erhalten, sind auf politischer Ebene Massnahmen zu ihrer Erhaltung nötig. Die Schweiz erarbeitet derzeit eine nationale Strategie und wird sich auch international für den Schutz der Biodiversität einsetzen. Zahlreiche Partner beteiligen sich am Internationalen Jahr der Biodiversität. Nebst land- und forstwirtschaftlichen Kreisen sind auch Unternehmen, Kantone, Gemeinden und Städte mit von der Partie. Die Liste aller Veranstaltungen findet sich im Internet unter www.biodiversitaet2010.ch.